

Pressemitteilung

Lasst die Bürger über den Fusionsvertrag abstimmen

Die geplante Fusion der beiden Kurstädte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg ist für die Bürger beider Städte ein Jahrhundertereignis mit weitreichenden Folgen. "Bei einer Entscheidung von solcher Tragweite wollen die Bürger mitbestimmen, und zwar vorher und nicht erst hinterher", meinen Wilhelm Zimmerlin, Gerd Cremer und Reinhard Nühlen vom Vorstand des Bündnisses für soziale Energiepreise und gerechte Politik (BüFEP). Die BüFEP fordert deshalb, dass in beiden Städten ein Bürgerentscheid über den Fusionsvertrag durchgeführt wird. Gemäß § 17 a der Gemeindeordnung kann der Gemeinderat beschließen, dass über eine Angelegenheit der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet. Das wäre ein der Fusion angemessener urdemokratischer Akt. „Also lasst die Bürger über den Fusionsvertrag abstimmen, sobald er in ausgehandelter Form vorliegt“, schlägt der BüFEP - Vorstand vor. Überzeugt das Verhandlungsergebnis über die Fusion, dann brauchen die Verantwortlichen das Votum der Bürger nicht zu fürchten. Die Frage des Bürgerentscheides würde lauten: Stimmen Sie diesem Fusionsvertrag zu? Ja oder Nein.

Der Bürgerentscheid kann zusammen mit der Bundestagswahl im September stattfinden. Das würde eine hohe Beteiligung gewährleisten. Bis dahin ist auch genug Zeit, den Fusionsvertrag öffentlich zu machen und die Fragen der Bürger ehrlich zu beantworten, beispielsweise zur tatsächlichen Höhe der Folgekosten und wer damit belastet wird. Auch welchen greifbaren Nutzen die Bürger haben, sollte verständlich und konkret herausgearbeitet werden. „Kann es eine bessere Basis für das Zusammenwachsen zweier Städte geben als eine freie demokratische Willensentscheidung ihrer Bevölkerung?“, fragen die BüFEP-Vertreter. Niemand müsste sich hinterher den Vorwurf gefallen lassen, die Fusion sei aus parteitaktischen Motiven und gegen den Bürgerwillen durchgedrückt worden. „Lasst uns mehr Demokratie wagen“, meinte schon Willy Brandt. Und sollte die Bevölkerung den Fusionsvertrag ablehnen, wäre das keine Katastrophe sondern der Auftrag an die Politiker, andere zielführende Problemlösungen zu entwickeln.